

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Hochschulpolitik

Nr. 373/15 vom 24. August 2015

CDU-Bildungsarbeitskreis in Flensburg: Land muss den Hochschulen mehr Mittel und Freiheiten geben

Anlässlich des heutigen (24. August 2015) Besuchs des Fraktionsarbeitskreises Bildung bei den beiden Flensburger Hochschulen, an dem auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther teilnahm, erklärte die Vorsitzende des Arbeitskreises, Heike Franzen, im Anschluss an den Besuch:

„Wir haben uns heute davon überzeugen können, welche Anstrengungen hier in Flensburg von den Hochschulen unternommen werden, um die Herausforderungen des doppelten Abiturjahrgangs im nächsten Jahr zu bewältigen. Die Rahmenbedingungen seitens des Landes sind dafür nicht optimal, zumal die zusätzlichen Mittel, die die Hochschulen seit langem zu Recht angemeldet haben, erst ab dem Haushaltsjahr 2016 fließen werden.“

Dass das Land die Mittel überhaupt zur Verfügung stelle, sei der Hartnäckigkeit der Hochschulen zu verdanken, betonte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther. „Es ist bedauerlich, dass der Antrag der CDU-Fraktion, ein 30-Millionen-Sofortprogramm bereits mit dem aktuellen Nachtragshaushalt auf den Weg zu bringen, im Landtag nicht die nötige Mehrheit gefunden hat“, so der Fraktionschef.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Daniel Günther, und die Mitglieder des Fraktionsarbeitskreises Bildung waren am heutigen Tage nach Flensburg gekommen, um sich vor Ort ein Bild über die aktuelle Situation an den Hochschulen zu verschaffen. An dem Besuch in Flensburg nahmen neben Fraktionschef Günther, der FAK-Vorsitzenden Franzen und dem hochschulpolitischen Sprecher Dornquast auch die CDU-Abgeordneten Petra Nicolaisen und Peter Sönnichsen teil.

Zentrales Thema der Gespräche an der Europa-Universität Flensburg war die Internationalisierung der Studiengänge. Das Präsidium der EUF präsentierte den Gästen die Planungen für den interdisziplinären Bachelorstudiengang mit dem Arbeitstitel „Europa“. Der gesellschafts- und kulturwissenschaftlich ausgerichtete Studiengang soll zum Wintersemester 2016/17 an den Start gehen.

Der Präsident der Europa-Universität Flensburg, Prof. Dr. Werner Reinhart, freut sich auf das zusätzliche Studienangebot: „Mit dem europawissenschaftlichen Bachelorstudiengang schaffen wir an der EUF pünktlich zum Schulabschluss des doppelten Abiturjahrgangs neue, international ausgerichtete Studienplätze“, so Reinhart.

Auch an der Fachhochschule Flensburg wurde der Besuch der CDU-Politiker begrüßt. „Wir freuen uns immer sehr, wenn sich Vertreter der Landespolitik bei uns vor Ort ein Bild über unsere Arbeit, über unsere Leistungen, aber auch unsere Problemlagen machen“, betonte der Präsident der Fachhochschule, Prof. Dr. Holger Watter.

Während des Besuchs warb er bei den Bildungspolitikern für eine höhere Masterquote an den Fachhochschulen:

„Um im nationalen und internationalen Bildungswettbewerb als Fachhochschule mithalten zu können, brauchen wir eine höhere Masterquote. Während bei den Universitäten der Master als Regelabschluss gilt und an den Fachhochschulen der Bachelor, dürfen die Fachhochschulen nur mit einer kleinen Quote auch zum Master ausbilden. Obwohl alle Abschlüsse gleichwertig sind und selbst das Bundesverfassungsgericht keine Unterscheidungsmerkmale zwischen den Hochschultypen mehr erkennen kann.

Um Chancengleichheit im europäischen Wettbewerb zu ermöglichen, müssen die Hochschulen so mit Ressourcen ausgestattet werden, dass alle

leistungsstarken und leistungsfähigen Studierenden einen Masterabschluss an Fachhochschulen erwerben können“, erklärte Watter.

Ein weiteres Thema des Besuches war der Entwurf für ein neues Hochschulgesetz, der sich nach der Ersten Lesung derzeit in der parlamentarischen Anhörung befindet. Dieser machte deutlich, dass die Landesregierung kein Vertrauen in die schleswig-holsteinischen Hochschulen und die dort handelnden Personen habe, stellte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Dornquast, während des Besuches fest.

„Statt den Hochschulen mehr Autonomie und mehr Rechte zuzugestehen, werden ihnen immer neue Vorschriften gemacht. Nach der langen Dauer für die Überarbeitung des Hochschulgesetzes hätten wir uns von der Landesregierung mehr Innovation erwartet. In unserem vorgelegten Eckpunktepapier haben wir uns unter anderem für mehr Autonomie, mehr Freiheiten, mehr Zuständigkeiten in der Selbstverwaltung auch bei Personal und der Semesterstruktur ausgesprochen.

Wir wollen, dass qualifizierten Absolventinnen und Absolventen einer Fachhochschule der ungehinderte Zugang zur Promotion ermöglicht wird. Die Zusammenarbeit von Universitäten und Fachhochschulen bei der Promotion ist bereits gängige Praxis und sollte vonseiten des Landes weiter unterstützt werden“, unterstrich der Hochschulexperte Dornquast.